

Kreisjugendamt

Jugendhilfeausschuss  
Öffentlich06.10.2014  
TO Nr. 5

---

## Kinderschutzzentrum; Möglichkeiten zur Verkürzung von Wartezeiten

### I. Beschlussantrag

Kenntnisnahme

### II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Die Kreistagsfraktion der SPD hat in der 2. Lesung zum Haushalt 2014 folgenden Antrag gestellt:

„Herr Michael Pfeifer, Leiter des Kinderschutzzentrums Göppingen, hat in der Jugendhilfeausschusssitzung am 14.10.2013 über die Situation der sehr langen Wartezeiten für misshandelte Kinder und für Täter, sowie deren Folgen, eindrücklich berichtet und Betroffenheit im Gremium ausgelöst.

Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, dass es nicht sein kann, dass wir als Landkreis unserer besonderen Verantwortung gegenüber Opfern, insbesondere den traumatisierten Kindern, nicht vollumfänglich nachkommen.

Um Aufarbeitung, Heilung und Schutz, insbesondere vor Wiederholungstätern, zu verbessern, achten wir es als unumgänglich, dass die Wartezeiten für beide Gruppierungen, Opfer und Täter, verkürzt werden.

Wir beantragen,

dass die Verwaltung mit dem Kinderschutzzentrum in Kontakt kommt, um adäquate Lösungen zu erarbeiten, die zu einer Situationsverbesserung bzw. zu einer Verkürzung der Wartezeiten, ohne Qualitätseinbußen in den therapeutischen Maßnahmen, führt.“

#### Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Zwischenzeitlich haben Gespräche zwischen den Vertretern des Kinderschutzbundes, Herrn Fitterling, 2. Vorsitzender des Kinderschutzbundes, und Herrn Pfeifer, Leiter der Beratungsstelle für misshandelte und sexuell missbrauchte Kinder und Jugendliche, stattgefunden. Die Gesprächsteilnehmer einigten sich auf eine gemeinsame Vorgehensweise, die vorsieht, bis Ende dieses Jahres konkrete Lösungsvorschläge zu formulieren.

Herr Pfeifer wird zunächst innerhalb der Beratungsstelle die Inanspruchnahme der Angebote nochmals differenziert betrachten, um dringliche Handlungsbedarfe zu identifizieren. Gemeinsam mit der Verwaltung werden dann Überlegungen angestellt, wie sich die Beratungsstelle weiterentwickeln kann, damit die festgestellten Bedarfe gedeckt werden können. Als Orientierungshilfe sollen auch Vergleichswerte aus anderen Regionen mit ähnlichen Problematiken dienen, die Herr Pfeifer einholen wird.

Die bisherigen Aufgabenschwerpunkte:

- Beratung und Therapie von Opfern und Tätern
- Prävention und Öffentlichkeitsarbeit
- Koordination und Vernetzung
- Fort- und Weiterbildung

stehen dabei nach wie vor im Mittelpunkt.

Über die Ergebnisse wird die Verwaltung zusammen mit Vertretern des Kinderschutzbundes in einer der Sitzungen im ersten Halbjahr 2015 berichten.

### **III. Handlungsalternativen**

Keine

### **IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten**

keine